

THEMENSPEZIAL Vor 50 Jahren nahmen China und Deutschland diplomatische Beziehungen auf



Peking, Oktober 1972: Bundesaußenminister Walter Scheel (links) und sein chinesischer Amtskollege Tschi Peng Fei tauschen die Dokumente über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen beider Staaten aus. Scheel war am 10. Oktober 1972 in Begleitung seiner Frau Mildred zu einem mehrtägigen offiziellen Besuch ins Reich der Mitte gestartet. Neben Peking besuchte er Shanghai und die Chinesische Mauer. Foto: Heinrich Sanden/dpa

Unentschlossen zwischen Giganten

Europa muss seine Rolle beim Bau einer neuen Weltordnung zwischen den Kontrahenten USA und China erst noch finden. Dabei wäre etwas Selbstbewusstsein durchaus angezeigt, denn keine Staatengruppe hat global mehr Ansehen als Architekt einer regelbasierten Ordnung

VON MICHAEL SCHAEFER

50 Jahre sind eine lange Zeit im Leben eines Menschen, 50 Jahre in der Geschichte eines Landes dagegen nur ein Wimpernschlag. Aber die Entwicklung der deutsch-chinesischen Beziehungen in den letzten 50 Jahren mutet an wie ein historischer Quantensprung.

Als unsere beiden Außenminister, Walter Scheel und Ji Pengfei, am 11. Oktober 1972 die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen beschlossen, war die Welt eine völlig andere. Europa war mitten im Kalten Krieg, China auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution. Das Reich der Mitte stand am Ende eines Jahrhunderts der Demütigung von außen und der Selbstzerstörung im Innern. Deutschland war geteilt, die Bundesrepublik beschäftigt mit ihrem demokratischen Wiederaufbau nach den selbstverursachten Katastrophen zweier Weltkriege und einem traumatischen Holocaust. International waren China wie Deutschland Außenseiter – China war gerade erst Vollmitglied der UNO geworden, die beiden deutschen Staaten hatten noch Beobachterstatus. Beide Länder waren geteilt: Peking verfolgte konsequent seine Ein-China-Politik; Bonn hatte die Hallstein-Doktrin ersetzt durch Willy Brandts Formel von zwei Staaten einer Nation, die füreinander kein Ausland sind. Wenig sprach für eine positive Entwicklung der deutsch-chinesischen Beziehungen.

Doch die geopolitische Großwetterlage führte zu einem Paradigmenwechsel. Die Ostpolitik der Bundesregierung sowie die Nixon-Kissinger-Initiative gegenüber Beijing brachten Bewegung in die festgefrorenen Beziehungen. Sie eröffneten auch Peking und Bonn einen vorsichtigen Neubeginn zweier Gesellschaften, die systemisch nicht unterschiedlicher hätten sein können.

Konvergierende Interessen waren natürlich die Wirtschaftsbeziehungen. Die Reform- und Öffnungspolitik Deng Xiaopings war entscheidender Auslöser für die Bereitschaft immer mehr deutscher und europäischer Unternehmen, in den nächsten Jahrzehnten das Wagnis China anzugehen. Aber was vor allem Respekt erzeugte, war die historisch präzedenzlose Leistung der chinesischen Regierung, Hunderte von Millionen Menschen aus eigener Kraft aus der Armut zu befreien, ihnen Bildung anzubieten und Chancen im dynamisch wachsenden Ar-

beitsmarkt. Das war beeindruckend, auch wenn man dem chinesischen politischen System distanziert gegenüberstand. Tian'anmen hat den politischen Graben weiter vertieft, die wachsende Dynamik der sich entwickelnden Beziehungen aber nicht revidiert. Ganz entscheidende Triebfeder für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen wie des Handelsaustauschs war die Aufnahme Chinas in die WTO 2001. Keine zwei Volkswirtschaften haben so von der Welthandelsorganisation profitiert wie Deutschland und China.

Heute befinden wir uns in schwierigerem Fahrwasser. Wieder ist es die globale Großwetterlage, die zu gravierenden Veränderungen führt. USA und China liefern sich einen erbitterten Wettkampf um Ressourcen der Zukunft. Geo-Ökonomie hat neben Geo-Politik vorrangige Bedeutung.

Seitdem Chinas Staatspräsident Xi Jinping das Ziel verkündete, die globale Technologieführung bis 2049 zu übernehmen, versucht Washington mit aller Härte, Chinas wirtschaftlichen Aufstieg zu verhindern; notfalls auch gegen die eigenen Verbündeten. Spätestens seit Trumps „America first“ sind globale Verflechtung und Arbeitsteilung nicht mehr Garant für Wohlstand und Frieden. Nicht „systemische Rivalität“, auch nicht die Wahrung der amerikanischen Vorherrschaft im Pazifik sind der eigentliche Grund, weshalb Amerika China parteiübergreifend den Fehdehandschuh hingeworfen hat. Ausschlaggebend ist die amerikanische Entschlossenheit, in der Auseinandersetzung um Fi-



Michael Schaefer war deutscher Botschafter in China von 2007 bis 2013

nanz-, Rüstungs-, Energie-, Industriegüter- und Datenströme die Oberhand zu behalten. Nur so, glauben Wirtschaftsexperten, werden die USA in stande sein, ihre auf Verschuldung gründende Wirtschaftsmacht erhalten zu können. Die Rolle des Dollars als Weltleitwährung bleibt dafür unabdingbar.

China hat unter Xi Jinping eine stärker ideologische und nationalistische Politik entwickelt. Nach innen wird dem Ziel der „Stabilität“ oberste Priorität eingeräumt; die digitalen Überwachungsmechanismen wie das Sozialkreditsystem oder die repressiven Massnahmen in Xinjiang und in Hongkong werden trotz zunehmender Kritik im Ausland diesem Ziel untergeordnet – noch toleriert das die Mehrheit der Chinesen. Das gilt auch für das von Xi verkündete Ziel, die Wiedervereinigung des Festlands mit Taiwan

notfalls mit Gewalt zu vollenden; Taiwan ist nach Auffassung einer überwältigenden Mehrheit der Chinesen ebenso eine Frage der territorialen Integrität Chinas wie Tibet und Hongkong. Die Option einer Wiedervereinigung mit Gewalt ist ein Paradigmenwechsel, auch wenn die tatsächliche Durchsetzung dieses Ziels mittelfristig eher unwahrscheinlich ist – sei denn der Status quo Taiwans würde von außen verändert.

Peking's im Westen als aggressiv wahrgenommene Außenpolitik dient der Durchsetzung seiner geökonomischen Interessen. Zur Sicherung des Wirtschaftswachstums, das wichtigste Voraussetzung für die Stabilität der chinesischen Gesellschaft ist, reicht der Binnenmarkt nicht mehr aus; die Seidenstraßenstrategie verfolgt daher konsequent das Ziel, Rohstoffe und Energie zu sichern, neue Exportmärkte aufzubauen und sich so aus der bestehenden Abhängigkeit mit den USA zu befreien. Die Aufwertung der Rolle des Renminbi im globalen Finanzsystem wird deshalb mit Macht verfolgt werden. Nach dem bevorstehenden 20. Parteitag der KP wird man klarer erkennen, welche Richtung die chinesische Entwicklung nehmen wird.

Europa und Deutschland stehen diesem Konflikt zwischen den beiden Giganten unentschlossen gegenüber. Instinktiv folgt man der westlichen Führungsmacht, mit der man trotz unterschiedlicher ökonomischer Interessen immer noch eine breite Werteidentität verbindet – auch wenn diese mit Trump Risse bekommen hat. Die Ampelregierung hat die pragmatische, interessenorientierte und auf Dialog setzende Politik der Regierung Merkel durch eine stärker wertorientierte Politik ergänzt. Sie sieht, wie die EU, China als Partner und Wettbewerber, aber auch als systemischen Rivalen. Das Gewicht im deutschen Diskurs verschiebt sich indes immer mehr in Richtung des dritten Pfeilers. Im Fahrwasser des sich zuspitzenden geopolitischen Konflikts zwischen USA und China droht auch dem deutsch-chinesischen Verhältnis eine politische Eiszeit.

Europa läuft Gefahr, seine Interessen im härter werdenden geökonomischen Machtkampf zwischen USA und China nicht wahren zu können. Ohne eigene digitale Hochtechnologie wird Europa in einer sich abzeichnenden neuen Weltordnung am Spielfeldrand stehen. Es ist höchste Zeit, dass Europa seine Interessen in der Handels-, Finanz-, Umwelt-, Energie- und auch Sicherheitspolitik identifiziert und den Handlungswillen generiert, diese auch mit eigenen Instrumenten durchzusetzen. Brüssel hat zwar das Ziel „digitaler Souveränität“ ausgerufen, aber es hapert wie so oft an der Umsetzung. Deutschland und Frankreich sollten die Führung übernehmen, um den

überfalligen nächsten Integrationsschritt der EU mit Macht in Gang zu bringen. Falls das gelingt, könnte Europa bei der anstehenden Neuordnung des internationalen Systems sogar eine Schlüsselrolle zukommen. Keine Staatengruppe hat global so viel Ansehen als Architekt einer regelbasierten Ordnung wie Europa. Doch es fehlt der erforderliche europäische Handlungswille. Die Wahl in Italien hat die Aussichten dafür nicht verbessert. Viel Zeit bleibt nicht mehr.

Für die künftigen Beziehungen zu China erscheinen mir sechs Grundüberlegungen wichtig. Erstens: Der wirtschaftliche und politische Aufstieg Chinas ist einer der Megatrends unserer Zeit. Dieser Trend ist nicht zu revidieren – weder durch Eindämmung noch durch Entkopplung. Ungeachtet aller ideologischen Gegensätze müssen Amerika, Europa und China miteinander koexistieren und kooperieren.

Zweitens: China und Deutschland, China und Europa, brauchen einander. Der Kampf gegen den Klimawandel ist die vorrangigste Aufgabe unserer Völker. Er kann nur gemeinsam gewonnen werden. Wir müssen diese Verantwortung ungeachtet aller ideologischen Unterschiede wahrnehmen. Das gilt in ähnlicher Weise für den globalen Kampf gegen den Hunger und – wie Covid-19 uns dramatisch vor Augen geführt hat – die Bekämpfung weltweiter Pandemien.

Drittens: Natürlich sind unsere Wirtschaftsunternehmen Konkurrenten. China ist nicht mehr die verlängerte Werkbank der Welt, es ist bereits in wich-

tigen Technologien Innovationstreiber und Weltmarktführer. Diversifizierung ist für europäische Unternehmen vernünftig, ein Ausstieg aus dem chinesischen Markt angesichts weiter bestehender beiderseitiger Abhängigkeiten keine sinnvolle Alternative. Wichtig ist dagegen für europäische Unternehmen Augenhöhe, Fairness und ein level playing field. Reziprozität darf nicht nur ein Schlagwort sein, sie muss konsequent umgesetzt werden – auf europäischer Ebene.

Viertens: Die Wahrung internationaler Beziehungen ist Vertrauen. Dieses Vertrauen ist in den letzten Jahren stark gesunken, das gegenseitige Misstrauen ist größer geworden. Europa sieht China zunehmend als repressive Hegemonialmacht, China Europa als schwachen amerikanischen Vasallen. Beide Perzeptionen reflektieren die schwindende Bereitschaft zur Differenzierung. Dieses Schwarz-Weiß-Denken ist seit dem russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine noch größer geworden. Wir müssen uns mit den Ursachen für das schwindende Vertrauen auseinandersetzen.

China und Europa waren schon bei Aufnahme unserer diplomatischen Beziehungen systemische Rivalen. Der Unterschied zu damals besteht darin, dass China inzwischen ein globaler Akteur geworden ist und seine geökonomischen und geopolitischen Interessen proaktiv geltend macht. Das ist neu und irritierend. Die Erwartung vieler Europäer, Handel und Marktwirtschaft würden zum Wandel des politischen Systems in China führen, war und bleibt naiv. Es ist natürlich Sache der Chinesen zu entscheiden, in welchem politischen System sie leben wollen. Die Geschichte lehrt: Solange die chinesische Führung von den Menschen als benevolent perzipiert wird, erfreut sie sich weitgehender Hand-

lungsfreiheit. Geht der informelle Gesellschaftsvertrag – Stabilität vs. Partizipation am Wohlstand – nicht mehr auf, steht die Legitimität der Regierung auf dem Prüfstand. Das gilt auch für die Versagung individueller Freiheiten zugunsten der Stabilität der Gesellschaft.

Fünftens: Peking muss verstehen, dass individuelle Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit unveräußerliche Pfeiler des europäischen Selbstverständnisses sind. Sie sind ein Ergebnis unserer jüngeren Geschichte; sie sind kein Vorwand, um China zu desavouieren. Europa wird weiterhin schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen öffentlich kritisieren, wo immer sie stattfinden. Auch in China. Insbesondere bei Unterdrückung von Minderheiten. Allerdings darf es dabei keine doppelten Standards geben. Der ideologische Konflikt darf nicht zu einem neuen Kalten Krieg führen. Die Weichen dahin sind aber längst gestellt. Die von Washington proklamierte Konfrontation zwischen liberalen Demokratien und Autokratien ist für viele bereits eine Tatsache – auf beiden Seiten. Europa droht dabei zwischen die Mühlen zu geraten. Denn die Mehrheit des „globalen Südens“ wird diesem Konflikt ausweichen – sie wollen sich weder für noch gegen USA oder China entscheiden müssen.

Sechstens: Europa hat ein überragendes Interesse, ein mächtigeres China zum Teil eines reformierten, regelbasierten globalen Systems zu machen. Wir sollten Peking gegenüber „klare Kante“ zeigen, aber auch die Bereitschaft zu konkreter Kooperation. Europäische Kerninteressen müssen ebenso deutlich kommuniziert werden wie unsere „roten Linien“. Das erfordert allerdings entsprechende Handlungsfähigkeiten und Handlungswillen. Gleichzeitig sollten wir die Initiative ergreifen, trotz der Differenzen unserer politischen Systeme Interessenkonvergenzen zu identifizieren und zu nutzen. Wir brauchen innovative Dialogprozesse, um Ansätze zu einer regelbasierten, für alle akzeptablen Globalisierung zu entwickeln. Ein erster Schritt könnte die Anpassung der WTO an die Anforderungen des digitalen Zeitalters sein. Der Dialog sollte aber die Entwicklung gemeinsamer strategischer Leitplanken einschließen, um ungewollte sicherheitspolitische Eskalationen zu verhindern. Dieser Dialog muss inklusiv sein und auf geltendem Völkerrecht aufbauen.

Deutschland und China können und sollten im Prozess zwischen Ländern mit unterschiedlichen politischen Systemen und Werten eine Vorreiterrolle spielen.

— Der Autor war Politischer Direktor des Auswärtigen Amtes von 2002 bis 2007, anschließend deutscher Botschafter in China bis 2013. Zuletzt war er der Vorsitzende des Vorstands der BMW Foundation Herbert Quandt.



Zum 20. Parteitag kommt in wenigen Tagen Chinas KP um Parteichef Xi Jinping zusammen. Die Parteitage finden alle fünf Jahre in Peking statt. Foto: AFP